

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 345 ppbn d

Inhalt

Anke Fuchs MdB zur Erfolgsbilanz der CDU: Mehr Dichtung als Wahrheit.

Seite 1

Professor Dr. Nijs Diederich MdB zur 6. Interparlamentarischen Konferenz in Bonn: Zusammenarbeit trotz verschlechterter Bedingungen ausbauen.

Seite 4

Hans-Ulrich Klose MdB zum Urteil gegen die Rheinmetall-Manager: Warnschuß für Waffenhändler.

Seite 6

41. Jahrgang / 100

30. Mai 1986

Mehr Dichtung als Wahrheit

Die Erfolgsbilanz der CDU beruht auf Tricks und Manipulationen

Von Anke Fuchs MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik

Lügen haben bekanntlich kurze Beine. Das weiß auch die CDU. Deshalb wird sie in ihren Erfolgsbilanzen auch nicht lügen. Nur die Wahrheit sagt sie deshalb noch lange nicht. Nein, die CDU greift lieber zu statistischen Tricks und Manipulationen, um sich dem Wähler als erfolgreiche politische Kraft darzustellen. Aber auch dieser Versuch muß scheitern. Denn dies haben die Bürger inzwischen verstanden: Wer Äpfel und Birnen miteinander vergleicht oder die Untaten der eigenen Politik unter den Teppich zu kehren versucht, will nicht informieren, sondern agitieren.

Dazu einige Beispiele:

Beispiel 1

Die CDU behauptet: Seit sechs Jahren der stärkste Rückgang der Arbeitslosenzahl, seit siebzehn Jahren die stärkste Zunahme der Zahl der Beschäftigten und seit sechs Jahren die stärkste Zunahme an offenen Stellen.

Tatsache aber ist:

- Bisher sind die Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt seit der Wende nur gestiegen - auf den historischen Höchststand von 2,3 Millionen. Und dies, obwohl wir seit 1983 einen wirtschaftlichen Aufschwung haben. Zum Vergleich: Im „Schmidt-Aufschwung“ der Jahre 1976 bis 1979 ging die Arbeitslosigkeit von über einer Million auf 876.000 zurück. Im „Kohl-Aufschwung“ stieg die Zahl der Arbeitslosen kontinuierlich an.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Erweiterte Ökologie
mit normaler Rohgüte
Recycling-Papier



- Es ist nicht richtig, daß wir die stärkste Zunahme der Beschäftigtenzahlen seit siebzehn Jahren erleben. 1980 nahm die Zahl der abhängig Beschäftigten um 346.000 und 1979 sogar um 399.000 zu. Dagegen stieg sie im letzten Jahr lediglich um 167.000, und für 1986 erwartet die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht einen Beschäftigungszuwachs von nur 250.000. Auch dann wird die Zahl der Beschäftigten noch hinter der entsprechenden Zahl von 1982 (!) zurückbleiben.
- Die Zahl der offenen Stellen hat 1985 mit 110.000 nur geringfügig gegenüber dem Vorjahr zugenommen (88.000). Damit konnten aber die Zahlen des „Schmidt-Aufschwungs“ der Jahre 1976 bis 1979 bei weitem nicht erreicht werden (235.000 bis 304.000). Außerdem: Im Verhältnis zur Zahl der Arbeitslosen ist die Zahl der offenen Stellen eine fast zu vernachlässigende Größe.

Beispiel 2

Die CDU behauptet: Seit sieben Jahren der stärkste Nettolohnzuwachs je Arbeitnehmer. Seit 26 Jahren die niedrigsten Preissteigerungsraten.

Tatsache aber ist:

- Verglichen mit dem Höhepunkt des „Schmidt-Aufschwungs“ ist der erwartete Kaufkraftzuwachs der Löhne mit drei Prozent nicht sehr hoch. 1978 lag er bei + 3,9 Prozent.
- Der niedrige Preisanstieg, den wir selbstverständlich begrüßen, ist kein Erfolg dieser Bundesregierung. Er geht auf den drastischen Rückgang der Mineralölpreise zurück. Was die Leistungen der Bundesregierung betrifft, kann man nur das Frühjahrsgutachten 1986 der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zitieren: „Ohne die außenwirtschaftlichen Einflüsse hätte der Preisanstieg etwa zwei Prozent betragen.“

Beispiel 3

Die CDU behauptet: Die Regierung Helmut Kohl habe beispiellose Erfolge in der Rentenpolitik vorzuweisen (seit acht Jahren die stärkste reale Rentensteigerung, Kindererziehungszeiten durchgesetzt, Wartezeit für Altersruhegeld von 15 auf fünf Jahre herabgesetzt und die Rentenfinanzen - die vor dem Ruin standen - bis zum Jahr 2000 gesichert).

Tatsache aber ist:

- Die willkürliche Herausnahme einzelner Jahre bei einem Vergleich der realen Rentensteigerungen bringt überhaupt nichts. Tatsache ist: Heute sind die Renten real rund 0,3 Prozent niedriger als 1982. Und Tatsache ist auch: In unserer Regierungszeit sind die Renten um real 43 Prozent gestiegen.
- Es ist richtig, daß Kindererziehungszeiten erstmalig im Rentenrecht anerkannt werden. Aber: Die „Trümmerfrauen“, die darauf besonders angewiesen wären, wurden ebenso ausgeschlossen wie die durchgängig erwerbstätige Frau mit durchschnittlichem Arbeitsverdienst. Dies empfinden die betroffenen Frauen zurecht als himmelschreiende Ungerechtigkeit.
- Wer die Herabsetzung der Wartezeit für das Altersruhegeld von 15 auf fünf Jahre als Erfolgspunkt bilanziert, handelt zynisch. Diese Maßnahme ist nur erfolgt, um die größten Härten zu mildern, die durch den Abbau der Erwerbsunfähigkeitsrenten für Frauen eintraten.
- Von einer Sicherung der Rentenfinanzen und einer Rettung vor dem Ruin kann überhaupt nicht die Rede sein. Ende 1982 betragen die Rücklagen der Rentenversicherung 20,545 Milliarden DM. Durch die Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit



um jährlich fünf Milliarden DM und durch die Kürzung des Bundeszuschusses um 900 Millionen DM hat diese Regierung die Rentenfinanzen erst heruntergewirtschaftet (Rücklage Ende 1984: 9,774 Milliarden DM). Sie hat die Renten - erstmals in der deutschen Sozialgeschichte - auf Pump finanziert und die Beiträge viermal angehoben auf den Höchststand von 19,2 Prozent. Damit sind die Rentenfinanzen aber allenfalls bis Anfang der 90er Jahre gesichert. Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion zur langfristigen Stabilisierung der Rentenversicherung wurden mehrheitlich niedergestimmt.

Beispiel 4

Die CDU behauptet: Sozialhilfe um circa acht Prozent zum 1. Juli 1985 angehoben;

Tatsache aber ist:

Diese Anhebung zum 1. Juli vergangenen Jahres hat die vorangegangenen Kürzungen in der Sozialhilfe bei weitem nicht wettgemacht. Beispiel: Von 1982 bis 1984 wurden die Leistungen für Sozialhilfe beziehende Ehepaare um durchschnittlich 78 DM monatlich gekürzt, bei Paaren über 66 Jahren sogar um 110 DM. Die Anhebung um acht Prozent konnte dies nicht ausgleichen. Auch die notwendige Reform des Warenkorbes hat die Bundesregierung verschleppt. Die Folge ist: Die Armut nimmt zu, die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist auf den historischen Höchststand von 2,6 Millionen in 1984 gestiegen.

Beispiel 5

Die CDU behauptet allgemein: Die finanziellen Grundlagen der Sozialversicherung sind stabilisiert.

Tatsache aber ist:

Dies ist weder für die Rentenversicherung und schon gar nicht für die Krankenversicherung zutreffend. Im Gegenteil: Seit 1982 sind die Kosten des Gesundheitswesens wieder explodiert. Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung kletterten Ende 1985 auf den historischen Höchststand von durchschnittlich 12,2 Prozent. Sie werden in diesem Jahr weiter auf voraussichtlich 12,5 Prozent steigen.

Beispiel 6

Die CDU behauptet: Wir haben eine optimale Grundlage für eine lang anhaltende Aufwärtsentwicklung geschaffen.

Tatsache aber ist:

Voraussetzung für eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ist auch der soziale Frieden. Und hier hat die Kohl-Regierung gesündigt wie keine andere Bundesregierung vor ihr. Sie hat Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte auf breiter Front abgebaut:

- Sie hat den Jugendarbeitsschutz demontiert,
- sie hat Zeitarbeit und Leiharbeit ausgeweitet und instabile, ungeschützte Beschäftigungen gefördert,
- sie hat die Sozialplanansprüche nach dem Betriebsverfassungsgesetz abgebaut,
- sie hat die Streikfähigkeit der Gewerkschaften durch die Änderung des Paragraphen 116 AFG ausgehöhlt und
- sie will (noch in dieser Legislaturperiode) die Beschäftigungspflicht Schwerbehinderter ausdünnen und den besonderen Kündigungsschutz Schwerbehinderter einschränken, sowie (in der nächsten Legislaturperiode) die einheitliche Interessenvertretung durch Betriebs- und Personalräte schwächen und den Chaoten und Splittergruppen in den Betriebsrat verhelfen.

Eine wahrhaft beeindruckende Erfolgsbilanz dieser Regierung!

(-/30.5.1986/rs/ks)

* * *

Die Zusammenarbeit trotz verschlechterter Bedingungen ausbauenEine Zwischenbilanz der 6. IPU-Konferenz

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB

Die derzeit in Bonn tagende 6. Interparlamentarische Konferenz über Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa untersucht, wie die Vorgängerkonferenzen, die Entwicklung des KSZE-Prozesses in Europa. Die Parlamentarierkonferenz gibt den Abgeordneten aus den Parlamenten der Staaten, die die KSZE-Schlußakte von Helsinki unterzeichnet haben, die Möglichkeit, mit Forderungen und Anregungen an Regierungen und Parlamente auf diesen Prozeß einzuwirken.

Es gibt drei Themenschwerpunkte:

- Abrüstung und Sicherheit,
- Zusammenarbeit im Bereich humanitärer Fragen,
- Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technologie und auch der Umwelt.

Die 5. KSZE-Parlamentarierkonferenz in Budapest 1984 hatte in der Schlußphase der Madrider Konferenz auf einen positiven Abschluß gedrängt. Sie war demgemäß von einer gemäßigt optimistischen Atmosphäre bestimmt. Die Stimmung schwankt heute zwischen verhaltenem Optimismus und Skepsis und Resignation. Das allgemeine Klima im Umfeld ist eher frostig geworden. Indizien sind die auf der Konferenz mit Unbehagen und Unverständnis registrierte Ablehnung der Schlußresolution auf der Berner Konferenz zu Menschenrechtsfragen durch die USA, die zögerliche Informationspolitik der UdSSR im Zusammenhang mit der Atomkatastrophe von Tschernobyl und die neuen Paßkontrollen innerhalb Berlins seitens der DDR.

Der Stillstand in Fragen der Abrüstung und Entspannung findet selbstverständlich auch seinen Niederschlag in den Plenardebatten und den derzeit laufenden Ausschüßberatungen. Während das Fernbleiben von amerikanischen Kongreßabgeordneten in gewisser Weise als Gleichgültigkeit der Volksvertretung der USA gegenüber dem KSZE-Prozeß verstanden wird, zeigten sich in den Reden der sowjetischen Delegation während der Generaldebatte und in den Änderungsanträgen zu den Resolutionsentwürfen die Tendenz, die Realisierung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge als Voraussetzung für alle weiteren Schritte der Entspannung darzustellen, jede Erweiterung der Freizügigkeit von Menschen abzuschmettern und im übrigen die besorgte Diskussion um Tschernobyl als westliche Kampagne gegen die UdSSR herunterzuspielen.

Allerdings werden diese eher skeptisch stimmenden Rahmenbedingungen kompensiert durch die Intensität der Kontakte der Delegationen untereinander und zwischen den einzelnen Delegierten aus Ost und West, die zu einem vielfältigen Meinungs- und Ideenaustausch führen, der getragen ist von dem Willen, im Kompromißwege Lösungen zu finden, durch die der Entspannungsprozeß vorangetrieben und der Frieden in Europa gesichert werden kann. Diese Vielfalt fand auch ihren Niederschlag in den Beiträgen der Generaldebatte. Es wird erkannt, daß trotz einer Verschlechterung des Klimas im allgemeinen bilaterale Kontakte und Zusammenarbeit weiter aufrechterhalten und ausgebaut werden müssen. Trotz Kritik an dem langsamen Fortgang und manchen Rückschlägen werden die Bemühungen von DDR und Bundesrepublik, den Menschen dienliche Ergebnisse zu erzielen, von vielen Delegierten aus anderen Ländern gewürdigt und als beispielgebend herausgestellt.



Der bisherige Verlauf der Beratungen in den Ausschüssen ist durchaus unterschiedlich. Während sich in dem Ausschuß für Abrüstung und Entspannung und im Ausschuß für humanitäre Fragen bisher wenig Bewegung zeigt und es unwahrscheinlich ist, daß Formulierungen gefunden werden, die wesentlich über das hinausgehen, was von früheren Konferenzen bekannt ist, herrschte im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit demgegenüber ein ausgezeichnetes Klima. Die Budapest-Konferenz hatte, übrigens auf Initiative der deutschen Delegation, das Thema „Umweltschutz“ zu einem Schwerpunkt gemacht. Die damals gestellten Forderungen nach stärkerer internationaler Zusammenarbeit bei der Behebung von Umweltproblemen hat in der Zwischenzeit durchaus Früchte getragen.

Auf dieser Konferenz sind die sehr deutlichen Forderungen nach Konsequenzen aus der Katastrophe von Tschernobyl der einzig wirklich substantielle neue Punkt, der übrigens auf Initiative der sozialdemokratischen Teilnehmer der Delegation (Annemarie Renger, Hartmut Soell, Karl-Heinz Klejdzinski, Nils Diederich) in einen deutschen Resolutionsentwurf vor der Konferenz aufgenommen und in Umlauf gebracht wurde.

Die Redaktionskommission, der allerdings die Sowjetunion nicht angehörte, verabschiedete einstimmig fünf Punkte:

- Volle internationale Verantwortlichkeit für die Verlässlichkeit von Nationen, die nukleare Energiegewinnungsanlagen haben,
- Appell an Parlament und Regierungen, ihre Anlagen gemäß hoch angesetzten internationalen Standards auszustatten,
- Aufforderungen an Parlament und Regierungen, zum frühest möglichen Zeitpunkt Warnungen und komplette Informationen von nuklearen Notfällen und Unglücken zu geben und sich wechselseitig schnell Hilfe zu gewähren, wofür unverzüglich die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen zu treffen sind,
- Appell an Parlament und Regierungen, die internationale Atomenergiebehörde zu stärken und ihr die entsprechenden Untersuchungs-, Kontroll- und Regulierungsmöglichkeiten einzuräumen,
- internationale Zusammenarbeit in der Grundlagenforschung, um alternative Energiequellen zu entwickeln, die weniger gefährlich und umweltfreundlicher sind sowie die gemeinsame Suche nach Möglichkeiten der Energieeinsparung.

Die in der Antragskommission gefundenen Formulierungen spiegeln die allgemeine Sorge über die weitere Entwicklung wider. Der Ausschuß II hat den Text der Redaktions-Kommission mit wenigen Änderungen verabschiedet.

Der Fortgang der Entspannung wird zum jetzigen Zeitpunkt ein mühseliges Geschäft. Die Konferenz kann trotz der Gefahr, daß sie zu weiten Teilen lediglich Formeln früherer Kompromisse wiederholt, doch dazu beitragen, daß die Kooperation und Zusammenarbeit der mittleren und kleineren Nationen in Europa unabhängig von den Spannungen zwischen den Weltmächten insoweit aufrecht erhalten bleibt, daß es keine schlimmen Rückfälle gibt. (-/30.5.1986/rs/ks)

* * *



Warnschuß für Waffenhändler

Zum Urteil gegen die Rheinmetall-Manager

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Zum ersten Mal hat ein deutsches Gericht (in Düsseldorf) die Manager einer großen Rüstungsfirma nach den Strafbestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes verurteilt. Die Firma (Rheinmetall) hatte - ungenehmigt - Kriegswaffen nach Argentinien, Südafrika und Saudi-Arabien geliefert, auf dem Umweg über Spanien, Paraguay und Italien. Das Gericht hat es als erwiesen angesehen, daß die Manager des Unternehmens von vorneherein die Absicht hatten, die genehmigende Bundesbehörde über die wirklichen Zielorte der Waffenexporte zu täuschen. Verhängt wurden Freiheitsstrafen zwischen einviertel und zwei Jahren, ausgesetzt zur Bewährung.

Noch ist dieses Urteil nicht rechtskräftig; Revision ist angekündigt. Dennoch ist die Bedeutung des Urteils schon heute kaum zu überschätzen.

Die deutschen Waffenhändler, deren Erfindungsreichtum bei der Umgehung von gesetzlichen Regeln schon immer groß war, sind auf heilsame Weise verunsichert. Sie müssen künftig damit rechnen, daß ihre finsternen und todbringenden Geschäfte aufgedeckt, daß sie bei Gesetzesverstößen bestraft werden. Für sie ist das Düsseldorfer Urteil ein Warnschuß.

Die deutsche Rüstungsindustrie wird mit Spannung verfolgen, welche Konsequenzen die Bundesregierung aus dem Düsseldorfer Urteil gegen die Rheinmetall-Manager zieht. Sollte das Urteil rechtskräftig werden, muß sich die Bundesregierung mit der Frage beschäftigen, ob die der Firma Rheinmetall erteilte Genehmigung zur Herstellung von Kriegswaffen wegen Unzuverlässigkeit der Geschäftsführung widerrufen werden muß. Die rechtlichen Möglichkeiten dazu sind gegeben.

Entscheidend (und derzeit offen) ist, ob der politische Wille bei der Bundesregierung vorhanden ist, in diesem Sinne tätig zu werden. Daran mag man zweifeln. Schließlich hat die konservativ-liberale Bundesregierung schon während des laufenden Strafverfahrens gegen die Rheinmetall-Manager den schlimmsten Versuch unternommen, die Strafwürdigkeit von Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz gesetzlich abzumildern. Ziel war es, die schnelle Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit zu ermöglichen.

Um so wichtiger ist es, daß die sozialdemokratische Opposition ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes mit Nachdruck auf den Weg bringt. Es geht um eine Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte gegenüber der Bundesregierung.

Bisher unterrichtet die Bundesregierung das Parlament nach eigenem politischen Ermessen und Belieben. Das Parlament hat folglich keine wirkliche Übersicht über den Umfang von genehmigten Waffenexporten und die Kriterien, die die Bundesregierung bei der Genehmigung von Waffengeschäften anlegt. Dabei wissen wir: auch Handlungen der Bundesregierung (in diesem Fall: Genehmigungen) können rechtswidrig sein, gerade auch in diesem sensiblen Bereich. Eine kontrollierende Mitwirkung des Parlaments - in anderen demokratischen Staaten eine Selbstverständlichkeit - wäre daher unbedingt erforderlich. Es gibt sie aber nicht; die Bundesregierung sperrt sich wie immer.

(-/30.5.1986/rs/ks)

* * *

